

unser 'blädsche' unser 'blädsche'

■ Zeitung für die Verbandsgemeinde Rockenhausen

2/2011

Herausgeber: SPD Gemeindeverband Rockenhausen · Verantwortlich: Michael Cullmann · Am Ziegelacker 34 · Rockenhausen

Umweltministerin Margit Conrad: „Der einzige Schutz vor der Katastrophe ist: Abschalten! Zurück zum Atomausstieg!“



immer aktuell

www.spd-rockenhausen.de · www.karl-heinz-seebald.de

Die Kehrtwende oder wir sind doch nicht blöd!

Wir sind doch nicht blöd!, so der Titel eines Artikels in der Süddeutschen Zeitung, der sich mit der Kehrtwende von CDU und FDP in der Atompolitik befasst.

„Wir sind doch nicht blöd!“ denken sich CDU und FDP und werden jetzt die Landtagswahlen verloren geben, bloß weil in Japan ein Kernkraftwerk hochgeht und die Wählerinnen und Wähler uns dann in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die Quittung dafür geben, dass wir den von der Rot-Grünen Regierung beschlossenen Atomausstieg aufgehoben und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert haben - auch die Laufzeiten jener Kraftwerke, die aufgrund ihres Alters und ihrer Pannenanfälligkeit schon längst stillgelegt sein müssten!



Nein, so blöd sind sie nicht, die Schwarz-Gelben. Da halten sie doch lieber die Wählerinnen und Wähler für blöd und vollziehen eine Kehrtwende, dass einem dabei schwindelig dabei wird.

War bis Freitag den 11. März, das ach so *kleine* Restrisiko der Atomkraft natürlich beherrschbar, so müssen nun auf einmal alle Atomkraftwerke „ohne Tabus“ auf ihre Sicherheit überprüft und „ehrlich“ über die Energieversorgung diskutiert werden. Hoppla! Jetzt „ohne Tabus“ und „ehrlich“, so die Bundesregierung.

Was aber war dann vorher? Das kann ja nur heißen, dass es bei der Verlängerung der Laufzeiten Tabus gab und die Notwendigkeit von Atomkraft in der Energieversorgung nicht ehrlich dargestellt wurde.

Kanzlerin Merkel, damals im Bundestag: „Die Atomkraftwerke werden nicht länger laufen als unbedingt nötig!“

Nun aber - ein halbes Jahr später - ist es für die gleiche Kanzlerin möglich, einige Kraftwerke sofort abzuschalten. Waren Kanzlerin Merkel und Schwarz-Gelb bei der Begründung der Notwendigkeit einer Verlängerung nicht ehrlich oder sind sie es heute nicht?

Jetzt *ohne Tabus* und *ehrlich* kann nur heißen: Weg mit der Laufzeitverlängerung und die Atomkraftwerke vom Netz.

Was aber wird uns angeboten?

Ein sogenanntes *Moratorium* von drei Monaten! Das heißt, die Laufzeitverlängerung wird für drei Monate ausgesetzt und die Sicherheit soll in dieser Zeit überprüft werden.

Sicherheitsüberprüfung? Soll das heißen, dass man die Laufzeiten vorher verlängert hat, ohne sich über die Sicherheit im Klaren zu sein?

Es ist vermutlich viel einfacher und viel zynischer: Man ist heute so überzeugt von der Atomkraft wie zum Zeitpunkt der Laufzeitverlängerung – aber am 27.03.2011 sind wichtige Landtagswahlen und da denken sich CDU und FDP eben: „Wir sind doch nicht blöd!“

Vielleicht aber denken sich das auch die Wählerinnen und Wähler und lassen sich kein X für ein U vormachen.

Was nun Frau Merkel? Was nun Frau Klöckner? Schon wieder vergessen?

Laufzeitverlängerung durchgeboxt, Sicherheit aufs Spiel gesetzt!

Erinnern wir uns, es ist gerade mal ein halbes Jahr her. Alle Warnungen wurden in den Wind geschrieben, Schwarz-Gelb knickte vor der Atomlobby ein. Der von der SPD-geführten Bundesregierung ausgehandelte Atomkonsens wurde leichtsinnig über Bord geworfen. Die ersten Atomkraftwerke wären jetzt schon vom Netz gegangen.

Was waren denn die tatsächlichen Probleme? Die hatten die Betreiber der AKWs: Die Auslastung der Atomkraftwerke ist in den vergangenen Jahren durch vermehrte Reparaturen, Stillstände und Leistung mit verminderter Kraft stark zurückgegangen. Um die Elektrizitätsversorgung voll auf Ökostrom umzustellen, sei „weder ein verzögerter Atomausstieg noch der Bau neuer Kohlekraftwerke notwendig“, sagte damals der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Der SRU arbeitet für das Bundesumweltministerium. Zum Abschluss der Verhandlungen schrieb im September 2010 die Financial Times: „Laufzeitverlängerung: Atom-Geheimvertrag schützt Konzerne“. Ganz offensichtlich wurde die Öffentlichkeit, man kann es nicht anders sagen, von der Bundesregierung hinters Licht geführt.

Jetzt kommt sie wieder, die große Wählerberuhigung. Ein dreimonatiges Moratorium wurde jetzt verkündet, bis die Landtagswahlen vorüber sind. „Aber natürlich ist dies keine Wahltaktik!“ sagt der Bundesumweltminister. Also zurück auf den Stand VOR der Laufzeitverlängerung. „Jetzt soll es eine Überprüfung *ohne Tabus* geben“, sagt die Kanzlerin. War es denn bisher anders? Welche *Tabus* gab es denn?

Eine Studie österreichischer Experten zu Schwachstellen in deutschen Siedewasserreaktoren zeigt schwerwiegende Konstruktionsmängel auf, die auch durch Nachrüstungsmaßnahmen nicht ausgeglichen werden können. Diese Sicherheitsstudie über das bayerische Atomkraftwerk *Isar 1* wurde beharrlich unter Verschluss gehalten. Vielleicht haben die Österreicher *ohne Tabus* überprüft!

Nein, Frau Merkel, wir haben keine neue Lage! Es gab schon immer ein *Restrisiko*, es gab schon immer *Störfälle*, und auch schon immer *Warnungen*.

Verantwortungslos war die Atompolitik der CDU/FDP-Regierung schon immer, klar und deutlich am Profit der *Energiemultis* ausgerichtet!

Und jetzt? Innerhalb von 24 Stunden die Rolle rückwärts: Eine als richtig erkannte politische Entscheidung (*Raus aus der Atomenergie*) wird durch eine Umkehr (*Wieder rein in die Atomenergie*) rückgängig gemacht, woraufhin wegen eines äußeren Ereignisses (*schweres Atomunglück*) die Umkehr wieder rückgängig gemacht wird. Am Ende des „Merkelns“ steht Deutschland wieder dort, wo das Land bei Amtsantritt der Kanzlerin schon war (*langfristiger Ausstieg aus der Kernenergie*).

Zu Ihrer Information, liebe Wählerinnen und Wähler:

Bei der Abstimmung über die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke hatte die damalige Staatssekretärin im Ministerium für Verbraucherschutz(!) mit JA gestimmt.

Schon vergessen, Frau Klöckner?



Das CDU-Wahrheitsbarometer (mit Quellenangabe!)

Klößner behauptet, ...

... die CDU Rheinland-Pfalz hätte noch nie Studiengebühren gefordert und werde auch keine fordern.



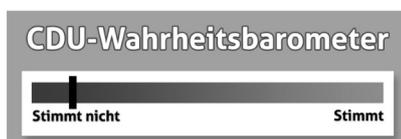
(Behauptung vom 22.02.10, Quelle: Rhein-Zeitung)

Tatsache ist ...

1. Christoph Böhr war 2005 für „eine ein-kommensabhängige Erhebung von Studiengebühren nach dem Einstieg in das Berufsleben“!
2. Klößner: "Studiengebühren wirken sich positiv auf die Leistung aus!" (Strategiepapier "Deutschland-generationengerecht" 2003)
3. Bis 2007 war Julia Klößner Mitglied in der Kommission zur Verwendung von Studiengebühren an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Die CDU behauptet, ...

... nach fünf Jahren SPD-Alleinregierung falle der Schleier. Das bisherige System werde aufgebrochen und durch die Hintertür komme die Einheitsschule.



(Behauptung vom 08.12.10, Quelle: Programm Bildung)

Tatsache ist ...

Niemand in der rheinland-pfälzischen SPD möchte eine Einheitsschule. Rheinland-Pfalz hat eine sehr vielfältige Schullandschaft und steht für eine hohe Qualität der Bildung. In Rheinland-Pfalz gibt es heute mehr Gymnasien als zu Zeiten einer CDU-geführten Landesregierung.

Die CDU behauptet, ...

... über drei Wochen Unterricht fallen in einem Schuljahr pro Schüler aus.



(Behauptung vom 08.12.10, Quelle: Programm Bildung)

Tatsache ist ...

Die strukturelle Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz ist mit 98,8 Prozent so gut wie seit 25 Jahren nicht mehr. Das „Projekt „Erweiterte Selbstständigkeit“ (PES) ermöglicht den Schulen, temporäre Ausfälle (wegen Krankheit, Fortbildung usw.) schnell aufzufangen. 500 Schulen beteiligen sich an dem Projekt. Den Grundschulen steht ein „Feuerwehrlehrer-Pool“ mit 140 Lehrkräften zur Verfügung.

Die CDU behauptet, ...

... die Landesregierung hätte den ersten Schritt zur Abschaffung der Noten getan.



(Behauptung vom 08.12.10, Quelle: CDU-Presskonferenz)

Tatsache ist ...

Weder Parteitag, noch Landtagsfraktion, noch SPD-Regierung haben jemals eine derartige Forderung erhoben, noch ist ein solcher Beschluss gefasst worden.

Auch die behauptete Forderung der Landesregierung nach Abschaffung der Förderschulen gibt es nicht!

Klößner behauptet, ...

... die SPD-Landesregierung sei schuld an der schwierigen Finanzsituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz.



Behauptung vom 24.01.11, Quelle: CDU-Presskonferenz)

Tatsache ist ...

Klößner tritt für eine neue Regelung des Länderfinanzausgleichs ein, um dem Land erhebliche Erträge zu entziehen, die Rheinland-Pfalz rechtlich zustehen.

Gleichzeitig schlägt Klößner ein Sparpaket vor, wie es die Bundesregierung geschnürt hat: Das von ihr gelobte Sparpaket spart aber überwiegend zulasten der Länder und Gemeinden.